

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, Artikel 6.1, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 18. Juni 2018, und Artikel 9.1, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes;

Aufgrund des Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 8. April 2019;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom;

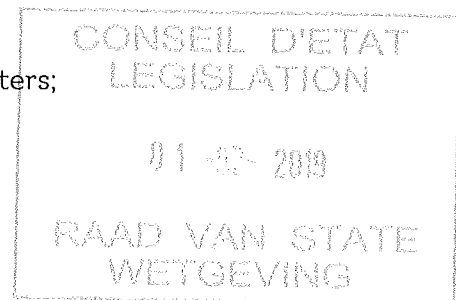
Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom;

Aufgrund des Gutachtens ... des Staatsrates, das am ... in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Ausbildung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:



Artikel 1 – Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 11. Juni 2009 zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 wird wie folgt ersetzt:

„§1 - Das Meistervolontariat dient zur Vorbereitung eines Volontärs auf eine selbstständige Tätigkeit, auf eine Tätigkeit in einem Unternehmen oder zur Erlangung praktischer Kenntnisse und Kompetenzen im Rahmen eines dualen Studiums. Das Meistervolontariat umfasst sowohl einen fachtheoretischen als auch einen betrieblichen Teil einer Meisterausbildung oder eines anderen dualen Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität im In- oder Ausland und bereitet auf die Meister- oder Bachelor- bzw. Masterprüfung vor.“

2. In Paragraph 2 wird zwischen den Wortfolgen „Artikel 8“ und „des Dekretes“ die Wortfolge „und 9.1“ und nach dem Wort „Meisterausbildungen“ die Wortfolge „oder dualen Studiengänge“ eingefügt.

3. In Paragraph 3 wird die Wortfolge „Minister für Ausbildung“ durch „Regierung“ ersetzt

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'f' or 'h' shape.

und folgender Absatz 2 eingefügt:

„Im Falle eines dualen Studiengangs liegt dem Meistervolontariat das Studienprogramm zu Grunde, das an der anerkannten Hochschule oder Universität den dualen Studiengang regelt und auf Vorschlag des IAWM durch den Minister für Ausbildung genehmigt wurde.“

Art. 2 – Artikel 2 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 Absatz 1 wird Satz 2 wie folgt ersetzt:

„Der Betriebsleiter muss den Nachweis einer anerkannten Meister-, Bachelor- bzw. Masterausbildung im Beruf und zusätzlich eine zumindest dreijährige Berufserfahrung in diesem Fachbereich nach dieser Ausbildung nachweisen.

2. In Paragraph 3 werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Ein Ausbilder kann nicht mehrere Berufe zeitgleich ausbilden.

Wenn der im Meistervolontariatsvertrag bezeichnete Ausbilder den Ausbildungsbetrieb während der Volontariatsvertragszeit verlässt, kann das IAWM von diesen Bedingungen für das laufende Ausbildungsjahr eine Abweichung gewähren.“

3. In Paragraph 4 werden folgende Absätze 2, 3 und 4 eingefügt:

„Der Betriebsleiter wird von der Teilnahme an der pädagogischen Fortbildung befreit, wenn er seine Eignung durch pädagogische Befähigungsnachweise oder vergleichbare Zertifikate im Bereich der Berufspädagogik nachweisen kann.

Das IAWM kann dem Betriebsleiter nicht mehr als ein Ausbildungsjahr Aufschub für den Beweis der erfolgreichen Teilnahme an der pädagogischen Fortbildung gewähren.

Der Betriebsleiter ist verpflichtet, eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle abzuschließen, die die Unfälle abdeckt, denen der Meistervolontär während der Ausbildung im Betrieb, seiner Teilnahme an den allgemein- und berufsbildenden Kursen, Kursen an der anerkannten Hochschule oder Universität, Tests, Prüfungen und überbetrieblichen Ausbildungen sowie auf allen Ausbildungswegen ausgesetzt sein kann.“

4. In Paragraph 5 wird folgender Satz eingefügt:

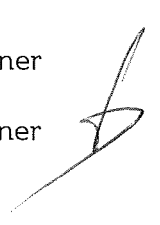
„Das IAWM legt die Höchstzahl an Auszubildenden pro Betrieb und Beruf anhand der betrieblichen Gegebenheiten wie die Gewährleistung der Betreuung durch in Artikel 2 §2 erwähnte Ausbilder, vorhandene Infrastruktur, Auftragsvolumen und Kundenaufkommen fest.“

5. Folgende Paragraphen 6 und 7 werden eingefügt:

„§6 – Der Betrieb, der einzelne im gemäß Artikel 1 §3 genehmigten Ausbildungsprogramm vorgesehenen Kompetenzen des Berufes, der Gegenstand der praktischen Ausbildung ist, nicht vermitteln kann oder in einzelnen Punkten dem Berufsprofil nicht entspricht, kann unter Auflage der Teilnahme aller zukünftigen Meistervolontäre an einer überbetrieblichen praktischen Ausbildung dennoch als Ausbildungsbetrieb anerkannt werden.

§7 – Das IAWM legt je Ausbildungsbetrieb eine Akte an, die die folgenden Dokumente oder Informationen beinhaltet:

1. eine Kopie des Zertifikates als anerkannter Ausbildungsbetrieb;
2. den Namen und den Sitz des Ausbildungsbetriebs;
3. seine Unternehmensnummer;
4. den Ort der praktischen Ausbildung;
5. das Betriebsprofil;
6. gegebenenfalls die besonderen Pflichten des Ausbildungsbetriebes bezüglich einer überbetrieblichen praktischen Ausbildung;
7. die Angaben des Betriebsleiters sowie Nachweise seiner Handlungsvollmacht, seiner fachlichen und pädagogischen Eignung und Berufserfahrung;



8. wenn der beziehungsweise die Ausbilder sich vom Betriebsleiter unterscheiden, die Angaben dieser Ausbilder sowie Nachweise ihrer fachlichen und pädagogischen Eignung und Berufserfahrung;

9. die Arbeitsordnung des Ausbildungsbetriebes.“

Art. 3 – Artikel 3 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Volontäre“ durch das Wort „Meistervolontäre“ ersetzt.

2. In Paragraph 2 wird die Wortfolge „von 14 Tagen nach dem Anfangsdatum“ durch die Wortfolge „der Probezeit“ ersetzt.

Art. 4 – Artikel 4 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraph 2 wird Absatz 1 durch folgende Absätze 1 und 2 ersetzt:

„Der Meistervolontariatsvertrag wird für die Dauer von maximal drei Jahren pro Studiengang abgeschlossen. Die Dauer der addierten Meistervolontariatsverträge kann auf maximal viereinhalb Ausbildungsjahren pro Studiengang angehoben werden, im Falle eines Studiengangs an einer anerkannten Hochschule oder Universität außerhalb der deutschsprachigen Gemeinschaft, um sich den dort bestehenden Bestimmungen anzupassen.

Der Meistervolontariatsvertrag kann im Falle einer Nicht-Versetzung pro Studiengang einmal um ein Jahr verlängert werden. Die Dauer des Vertrags beträgt mindestens ein Jahr, außer wenn es sich um einen Vertrag handelt, der infolge der Auflösung eines vorhergehenden Vertrags geschlossen wurde. Jeder Vertrag beinhaltet eine Probezeit von drei Monaten.“

2. In Paragraph 2 Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, die Wortfolge „Arbeitsgesetzgebung und darf die“ durch die Wortfolge „geltenden belgischen Gesetzgebung und darf die gegebenenfalls“, die Zahl „24“ durch die Zahl „20“, das Wort „Mindestzulage“ durch das Wort „Mindestentschädigung“ und die Wortfolge „3. Ausbildungsjahr“ durch die Wortfolge „ab 3. Ausbildungsjahr“ ersetzt.

3. Paragraph 3 wird aufgehoben.

4. Folgende Paragraphen 5 und 6 werden eingefügt:

„§5 – Die Betriebsleiter haben die Pflicht, den Meistervolontären bis zum Ende eines jeden Ausbildungsjahres zusätzlich zu den Feiertagen im Bedarfsfall einen ergänzenden unbezahlten Urlaub zu gewähren, um dem Meistervolontär eine Urlaubsdauer von 20 Arbeitstagen im Falle einer Fünftagewoche und von 24 Arbeitstagen im Falle einer Sechstagewoche zu ermöglichen.

§6 – Der Ausbildungsbetrieb beteiligt sich an den Fahrtkosten vom Wohnort des Meistervolontärs zum Betrieb anteilig der Kosten des Öffentlichen Personennahverkehrs, es sei denn, die zuständige paritätische Kommission sieht eine vorteilhaftere Regelung für den Meistervolontär vor.“

Art. 5 – Artikel 5 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. folgende Nummer 4.1 wird eingefügt:

„4.1 – dem anerkannten Zentrum für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen die fälligen Einschreibgebühren des jeweiligen Studiengangs zu zahlen;“

2. In Nummer 5 wird zwischen dem Wort „Prüfungen“ und der Wortfolge „zu zahlen“ die Wortfolge „in erster Sitzung“ eingefügt.

3. In Nummer 6 wird die Wortfolge „und während der im Stundenplan vorgesehenen Prüfungsvorbereitungszeit dem Meistervolontär die Möglichkeit einzuräumen, frei zu nehmen“ eingefügt.

Art. 6 – In Artikel 8 desselben Erlasses wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

„1.1 – sich fristgerecht bei der anerkannten Hochschule oder Universität einzuschreiben und die fällige Einschreibgebühr zu bezahlen;“

Art. 7 – Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Paragraf 1 wird die Wortfolge „oder an der anerkannten Hochschule oder Universität, die den dualen Studiengang anbietet, dessen Ausbildungsprogramm gemäß Artikel 1 §3 anerkannt wurde“ eingefügt.

2. Paragraf 3 wird wie folgt ersetzt:

„§3 – In dem Fall, dass Kurse, Tests und Prüfungen in hierfür anerkannten Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft stattfinden, sind die Bedingungen des Erlasses der Regierung vom 30. August 2018 über die Prüfungen und die Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes und des Erlasses der Regierung vom 27. Juni 2013 über die Grundausbildung in der Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen anwendbar.“

Art. 8 – Artikel 10 §2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Nach Ende der Probezeit können der Ausbildungsbetrieb und der Meistervolontär den Meistervoluntariatsvertrag kündigen.

Der Meistervoluntariatsvertrag endet bei unüberbrückbaren Unstimmigkeiten zwischen den Vertragsparteien und nachdem ein durch den Lehrlingssekretär organisierter Schlichtungsversuch gescheitert ist. Vorbehaltlich einer anderslautenden gütigen Einigung beträgt die Kündigungsfrist in diesem Fall vier Wochen ab dem Schlichtungsdatum.“

Art. 9 – Artikel 11 desselben Erlasses wird aufgehoben.

Art. 10 – In Artikel 13 §2 desselben Erlasses wird die Wortfolge „per Einschreiben“ gestrichen.

Art. 11 – Vorliegender Erlass tritt am 1. Juli 2019 in Kraft.

Art. 12 – Der für die Ausbildung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung
H. MOLLERS



GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, modifié par le décret du 18 juin 2018, l'article 6.1, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 18 juin 2018, et l'article 9.1, inséré par le décret du 25 mai 2009;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes;

Vu l'avis de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME, donné le 8 avril 2019;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le ...;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le ;

Vu l'avis du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Formation;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – À l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 11 juin 2009 instaurant un stage volontaire de maîtrise dans la formation de base des classes moyennes, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} – Le stage volontaire de maîtrise a pour objet de préparer un stagiaire à l'exercice d'une activité indépendante ou en entreprise ou de lui faire acquérir des connaissances et compétences pratiques dans le cadre d'études en alternance. Le stage volontaire de maîtrise comporte une partie portant sur la théorie de la profession ainsi qu'une partie en entreprise dépendant soit d'une formation de chef d'entreprise soit d'un autre cycle d'études en alternance suivi auprès d'une haute école ou université reconnue, en Belgique ou à l'étranger, et prépare à l'examen de fin de formation de futur chef d'entreprise, de bachelor ou de master. »;

2^o dans le § 2, les mots « ou des formations en alternance » sont insérés entre les mots « des formations de chef d'entreprise » et le mot « reconnues » et les mots « l'article 8 » sont remplacés par les mots « les articles 8 et 9.1 »;

3^o dans le § 3, les mots « Ministre de la Formation » sont remplacés par le mot « Gouvernement » et le paragraphe est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Dans le cas d'un cycle d'études en alternance, le stage volontaire de maîtrise se fonde sur le programme d'études qui régit la formation en alternance auprès de la haute école ou université reconnue et qui a été approuvé par le Ministre de la Formation sur proposition de l'IAWM. »

Art. 2 – À l'article 2 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, alinéa 1^{er}, la deuxième phrase est remplacée par la phrase suivante :

« Il doit apporter la preuve d'une formation de maîtrise, de bachelor ou de master dans la profession et, en plus, justifier d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le domaine après avoir suivi ladite formation. »;

2° le § 3 est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« Un formateur ne peut former simultanément à plusieurs professions.

Si le formateur désigné dans le contrat de stage de maîtrise quitte l'entreprise de formation avant l'échéance dudit contrat, l'IAWM peut accorder une dérogation à ces règles pour l'année de formation en cours. »;

3° le § 4 est complété par trois alinéas rédigés comme suit :

« Le chef d'entreprise est dispensé de participer au perfectionnement pédagogique s'il peut attester de ses aptitudes en produisant des titres pédagogiques ou des certificats similaires dans le domaine de la pédagogie professionnelle.

L'IAWM ne peut accorder au chef d'entreprise plus d'un an de report pour apporter la preuve qu'il a suivi avec fruit le perfectionnement pédagogique.

Le chef d'entreprise est tenu de contracter une assurance contre les accidents du travail couvrant les accidents auxquels le stagiaire pourrait être exposé durant sa formation au sein de l'entreprise, sa participation aux cours de formation générale et professionnelle, aux cours suivis auprès de la haute école ou de l'université reconnue, aux tests, aux examens et aux formations interentreprises, ainsi que sur le chemin de la formation. »;

4° le § 5 est complété par la phrase suivante :

« L'IAWM fixe le nombre maximal d'apprenants par entreprise et par profession en fonction des données propres à l'entreprise, telles que l'assurance d'un encadrement par les formateurs mentionnés à l'article 2, § 2, l'infrastructure présente, le volume des commandes et le nombre de clients. »;

5° l'article est complété par les §§ 6 et 7 rédigés comme suit :

« § 6 – Une entreprise qui n'est pas en mesure de transmettre, pour la profession faisant l'objet de la formation pratique, certaines des compétences prévues au programme de formation agréé conformément à l'article 1^{er}, § 3, ou qui ne correspond pas, en certains points, au profil professionnel peut tout de même être agréée comme entreprise de formation, à condition que tous les futurs stagiaires participent à une formation pratique interentreprises.

§ 7 – Pour chaque entreprise de formation, l'IAWM établit un dossier qui contient les informations ou documents suivants :

1° une copie du certificat d'agrération comme entreprise de formation;

2° le nom et le siège social de l'entreprise de formation;

3° son numéro d'entreprise;

4° le lieu où se déroule la formation pratique;

5° le profil d'entreprise;

6° le cas échéant, les devoirs particuliers de l'entreprise de formation quant à une formation pratique interentreprises;

7° les données relatives au chef d'entreprise, la preuve qu'il est mandaté et dispose des aptitudes professionnelles et pédagogiques ainsi que de l'expérience professionnelle requises;

8° si le(s) formateur(s) n'est (ne sont) pas le chef d'entreprise, les données relatives à ce(s) formateur(s) et la preuve qu'il(s) dispose(nt) des aptitudes professionnelles et pédagogiques ainsi que de l'expérience professionnelle requises;

9° le règlement de travail de l'entreprise de formation. »

Art. 3 – À l'article 3 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° (Concerne le texte allemand.);

2° dans le § 2, les mots « dans les quinze jours suivant la date d'effet » sont remplacés par les mots « durant la période d'essai ».

Art. 4 – À l'article 4 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 2, l'alinéa 1^{er} est remplacé par deux alinéas rédigés comme suit :

« La convention de stage est conclue pour une durée maximale de trois ans par cycle d'études. La durée totale maximale des différentes conventions peut être portée à quatre années et demie de formation par cycle dans le cas d'un cycle d'études suivi auprès d'une haute école ou université reconnue située en dehors de la Communauté germanophone, et ce, pour s'aligner sur les dispositions y applicables.

En cas de redoublement, la convention de stage peut être prolongée une fois d'une année par cycle. La durée minimale de la convention est d'un an, sauf lorsqu'il s'agit d'une convention conclue à la suite de la résiliation d'une convention antérieure. Chaque convention comporte une période d'essai de trois mois. »;

2° dans le § 2, alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots « la législation du travail et ne peut » sont remplacés par les mots « la législation belge applicable et ne peut, le cas échéant, », le nombre « 24 » est remplacé par le nombre « 20 », les mots « une allocation mensuelle » sont remplacés par les mots « une allocation mensuelle minimale » et les mots « pour la 3^e année » sont remplacés par les mots « à partir de la 3^e année »;

3° le § 3 est abrogé;

4° l'article est complété par les §§ 5 et 6 rédigés comme suit :

« § 5 – Les chefs d'entreprise sont tenus d'octroyer si nécessaire au stagiaire, en plus des jours fériés et avant la fin de chaque année de formation, un congé complémentaire non rémunéré lui permettant d'avoir respectivement vingt ou vingt-quatre jours ouvrables de congé, selon qu'il s'agit d'une semaine de cinq ou de six jours.

§ 6 – L'entreprise de formation participe aux frais de déplacement entre le domicile du stagiaire et l'entreprise, et ce, proportionnellement au coût des transports en commun, à moins que la commission paritaire compétente ne prévoie une réglementation plus avantageuse pour le stagiaire. »

Art. 5 – À l'article 5 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 4.1 rédigé comme suit :

« 4.1 – de payer au centre de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME (ZAWM) reconnu les droits d'inscription pour le cycle d'études concerné »;

2° dans le 5°, les mots « de première session » sont insérés entre les mots « tests et examens » et le mot « obligatoires »;

3° le 6° est complété par les mots « et de permettre au stagiaire de prendre congé pendant la période préparatoire aux examens prévue dans l'horaire ».

Art. 6 – Dans l'article 8 du même arrêté, il est inséré un 1.1 rédigé comme suit :

« 1.1 de s'inscrire à temps auprès de la haute école ou université reconnue et de payer les droits d'inscription dus; ».

Art. 7 – À l'article 9 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er} est complété par les mots « , ou auprès de la haute école ou de l'université reconnue qui propose un cycle en alternance et dont le programme de formation a été agréé conformément à l'article 1^{er}, § 3 »;

2° le § 3 est remplacé par ce qui suit :

« § 3 – Si les cours, tests et examens sont organisés dans des institutions de la Communauté germanophone reconnues à cette fin, les dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2018 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes et de l'arrêté du Gouvernement du 27 juin 2013 relatif à la formation de base dans la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME sont d'application. »

Art. 8 – L'article 10, § 2, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

« § 2 – Après la fin de la période d'essai, l'entreprise formatrice et le stagiaire peuvent résilier la convention de stage.

La convention prend fin en cas de divergences inconciliables entre les parties et après l'échec d'une conciliation organisée par le secrétaire d'apprentissage. Sauf accord à l'amiable contraire, le délai de résiliation sera dans ce cas de quatre semaines à dater de la conciliation. »

Art. 9 – L'article 11 du même arrêté est abrogé.

Art. 10 – À l'article 13, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« L'entreprise formatrice ou le stagiaire informent immédiatement l'Institut de l'éventuelle résiliation de la convention de stage. »

Art. 11 – Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} juillet 2019.

Art. 12 – Le Ministre compétent en matière de Formation est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique,
H. MOLLERS

